

## **Initiativ-Anträge**

### ***Antrag an den Landesparteitag (ggf. als Initiativantrag)***

#### **Antragsteller/-innen:**

Antje Biedermann, Anke Diercks, Bernd Friedrich, Angelika Hannappel, Bülent Kiroglu, Bernd Kunert, Andreas Regner, Brigitte Sawirucha, Axel Sieck, Angela Whyte, Harry Bleckert, Doreen Föse, Dr. Helmut Grewe, Esther Hartmann, Edda Lechner, Ernst Molkenhain, Guntram Pappe, Claus Samtleben, Hajü Schulze, Jens Ahrens, Ilona Bartels, Iris Einfeldt, Kai Keppert, Karl-Helmut Lechner, Henrik Matthes, Jörn Seib, Heiner Wadle, Heiko Winckel-Rienhoff, Lutz Heilmann, Klaus Ledebuhr, Kerstin Matthes, Nidda Schweda, Silke Biedermann, Rolf-Dieter Böhmert, Peter Fischer, Thomas Levihn, Thorsten Lünzmann, Torsten Pollmann, Sigrid Randschau, Paul Weidmann, Peter Wolter, Walter Danielsen, Volker Raetzke

**„Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.“**

(Programm der Partei DIE LINKE, Programmatische Eckpunkte, Beschluss der Parteitage der WASG und der Linkspartei am 24./ 25. März 2007, Dortmund)

Der Landesverband Schleswig-Holstein der Partei DIE LINKE bekräftigt seine Ablehnung jedweder Form von diktatorischen und gewaltsamen Methoden zur Durchsetzung einer Gesellschaft des Demokratischen Sozialismus. Demokratischer Sozialismus ist Weg und Ziel zugleich. Wer Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit in Deutschland erreichen will, muss auch auf dem Weg dahin Mittel nutzen, die diesen Zielen entsprechen.

Stalinismus und stalinistische Methoden wurden und werden als „verbrecherischer Missbrauch des Sozialismus“ verurteilt.

Im Namen des Stalinismus mussten Tausende von Menschen ihr Leben lassen oder in Unfreiheit und Unterdrückung leben. Daher werden alle Aktionen und Auseinandersetzungen mit dem Stalinismus und der Person Stalins, die auch nur den Anschein einer Befürwortung dieses oder eines anderen totalitären Systems erwecken, von der schleswig-holsteinischen LINKEN verurteilt und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterbunden.

Sie stehen im direkten Gegensatz zur Programmatik der Linken, schaden der gesamten Partei und unserem politischen Kampf für einen Demokratischen Sozialismus.

### ***Initiativantrag an den Landesparteitag am 24./25. Januar 2009***

AntragstellerInnen: Kreisverband Plön, Kreistagsfraktion Plön, Harry Bleckert, Angela Whyte

UnterstützerInnen: Vorstand Kreisverband Neumünster, Rathausfraktion Neumünster

Kreistagsfraktion Ostholstein, AG Soziales Neumünster

Silke Anlahr, Antje Biedermann, Doreen Föse, Bernd Friedrich, Angelika Hannappel,

ArnimJohanning, Frank Käding, Francisco Lameiras, Stefan Lanari, Conrad Lindenmeier, Fred

Luckmann, Mike Möllenhoff, Joachim Müller, Brigitte Sawirucha, Nidda Schweda, Hajü Schulze, Jörn Seib, Axel Sieck und andere.

**Der Landesparteitag möge folgende Resolution beraten und beschließen:**

***Resolution zur Abschaffung von Hartz IV und zum Grundeinkommen für Bedürftige***

*Die Abschaffung der Hartz IV Gesetze ist eine der zentralen Wahlforderungen unserer Partei. Damit verbunden gibt es Beschlüsse des 1. Bundesparteitages in Cottbus für eine repressionsfreie und bedarfsorientierte Grundsicherung und zur Grundsicherung für Kinder. Der Vorstand der Bundestagsfraktion hat sich dagegen mit seinem Beschluss vom 15.12.08 zu Mindestsicherung und Hartz IV für die Fortschreibung der Missachtung von Grundgesetz und Menschenrechten und für Repression und Arbeitszwang entschieden. Wir nennen das Hartz IV Light und dabei machen wir nicht mit!*

*Das Recht auf ein würdiges und selbstbestimmtes Leben ist ein unveräußerliches Menschenrecht! Es ist auch ein Grundrecht gemäß Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes.*

*DIE LINKE setzt sich ohne Wenn und Aber für die Menschenrechte ein. Der Landesverband Schleswig-Holstein fordert die Einlösung unserer bundesweiten Wahlversprechen zur Abschaffung von Hartz IV.*

*Konzepte, die weiterhin Sanktionen und Strafen für Erwerbslose vorsehen, wie die Vorlage von Klaus Ernst, wird es mit der Schleswig-Holsteiner LINKEN nicht geben. Wir wenden uns gegen jede Form von Arbeitszwang.*

*Wir fordern ein Existenz- und Teilhabesicherndes Grundeinkommen für Erwerbslose und für Bezieher niedriger Einkommen an Stelle von unzureichenden Regelsätzen, Bedarfsgemeinschaften, Entrechtung und Arbeitszwang.*

*Insbesondere müssen Kinder durch eine armutsfeste Kindergrundsicherung nachhaltig vor Armut geschützt werden.*

*Der Landesparteitag möge beschließen diese Resolution zur Beratung und Beschlussfassung als Antrag des Landesverbandes zum nächsten Bundesparteitag einzubringen und sie als Empfehlung des Landesverbandes unverzüglich der Bundestagsfraktion bekannt zu machen.*

*Begründung umseitig*

**Begründung:**

Der Vorstand unserer Bundestagsfraktion hat am 15.12.2008 "**Eckpunkte für eine moderne, repressionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung**" beschlossen.

Dieser Beschluss, für den Fraktionsvorstand Klaus Ernst federführend zeichnet, ist eine Mogelpackung! Mit diesem Beschluss werden außerdem zentrale programmatische Eckpunkte unserer Partei aufgegeben.

Nach dem Motto: "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" soll gemäß den Vorstellungen des Vorstands unserer Bundestagsfraktion auch weiterhin an Arbeitszwang und Repressionen, bis hin zur vollständigen Verweigerung der Regelleistungen zum Lebensunterhalt, festgehalten werden.

Nur etwa ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung geht einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit nach.

Dennoch schreibt Klaus Ernst: "*am Vorrang der Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit wird festgehalten*"! (Zeile 265) Das ist eine Absage an alle anderen Formen soziokultureller Arbeit und bedeutet insbesondere dass die, immer noch mehrheitlich von Frauen geleistete Familienarbeit, auch weiterhin nicht der Erwerbstätigkeit gleichgestellt werden soll.

Der Beschluss der Fraktionsspitze bedeutet im Detail: 435 Euro Regelleistung, weiterhin keine Existenzsicherung, weiterhin Arbeitszwang, weiterhin Repressionen bis zur vollständigen Kürzung der Regelleistungen, weiterhin Zwangsumzüge und fortgesetzte Missachtung grundgesetzlicher Rechte und Vorgaben.

*"Am Vorrang der Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit wird festgehalten. .... Die automatische Sanktionierung nach pauschalen Kriterien entfällt. Es liegt in der Verantwortung des Einzelnen, zumutbare Arbeit zur menschenwürdigen Gestaltung seines Lebens zu nutzen. Der Schutz der Menschenwürde und insbesondere des Kindeswohls, bilden eine verbindliche Einschränkung der Kürzung von Leistungen der gesetzlichen Mindestsicherung. **Von jeglicher Kürzung ausgenommen sind die anerkannten Kosten der Unterkunft und das Schonvermögen für die Altersvorsorge.**"* (ab Zeile 265)

Die Forderung nach der Abschaffung der Hartz IV Gesetze ist Grundkonsens nicht nur der Partei DIE LINKE, sondern auch unserer Quellparteien und der Mehrheit unserer Mitglieder und Wähler.

Neben der Durchsetzung dieser Forderung gehört die Erarbeitung alternativer Konzepte zur Grundsicherung zu den zentralen Aufgaben der Partei DIE LINKE.

### **Beschlüsse des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus:**

*"Wir wollen weg von "Hartz IV". Respekt, Würde und Bürgerrechte gelten auch für Erwerbslose. Deshalb wollen wir die Regeln für zumutbare Arbeit wieder ändern, die Ein-Euro-Jobs zugunsten regulärer Beschäftigung abschaffen und eine repressionsfreie bedarfsorientierte Grundsicherung statt ALG II einführen. Dabei ist die eigenständige soziale Sicherung eines jeden Menschen festzulegen."* Und weiter:

*"DIE LINKE fordert eine eigenständige soziale Sicherung für alle Familienangehörigen einschließlich einer eigenen sozialen Grundsicherung für Kinder."*

**Unabdingbare Bestandteile dieser Beschlüsse sind folgende Eckpunkte:**

- Jeder Mensch soll teilhaben können am soziokulturellen Leben. Es muss eine Grundsicherung eingeführt werden, die dies ermöglicht. Diese Grundsicherung muss armutsfest sein, repressionsfrei und individualisiert ausbezahlt werden.
- Solange Hartz IV existiert, muss DIE LINKE eintreten für eine Erhöhung des Regelsatzes bis zur Armutsrisikogrenze, die Abschaffung von Sanktionen, Verhinderung von Willkür bei den Jobcentern (Kontrolle der Jobcenter), ein Verbot von Leiharbeit (moderne Sklaverei), die Abschaffung von Ein-Euro-Jobs, gegen das Unterlaufen von Flächentarifverträgen, für die Errichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.

Dieser Antrag musste als Initiativantrag zum LPT eingebracht werden, da der zugrunde liegende Beschluss des Vorstands der BT-Fraktion, erst Ende Dezember bekannt wurde und da der Kreisverband Plön, als Initiator dieses Antrages, erst mit der Mitgliederversammlung am 10.1.2009 diesen Antrag an den LPT beschließen konnte.

Dieser Antrag und die Debatte zum Thema Hartz IV und Grundsicherung ist dringend, da auf einer Fraktionssitzung im Februar über das Konzept von Klaus Ernst abgestimmt werden soll. Die Partei hat also im Vorfeld des anstehenden Fraktionsbeschlusses nur wenig Zeit für eine inhaltliche Auseinandersetzung zu diesem Kernthema.

### ***Initiativ-Antrag an den LPT der LINKEN. Schleswig-Holstein***

**24.01.2009**

**Antragsstellerin: Silke Mahrt (Kreisverband Stormarn)**

**Liste weiterer Unterstützer im Anhang**

**Hartz IV muss weg – für eine repressionsfreie bedarfsdeckende Mindestsicherung**

Der Parteitag der LINKEN.Schleswig-Holstein beschließt:

Wir fordern den Parteivorstand auf, ein Konzept für eine repressionsfreie und bedarfsdeckende Mindestsicherung zu erarbeiten und auf dem Parteitag in Cottbus zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

Eine repressionsfreie und bedarfsdeckende Mindestsicherung muss unserer Meinung nach zumindest folgende Kriterien erfüllen:

Orientierung der pauschalen Höhe an der offiziellen Armutsgrenze (mindestens 800 €)

Auszahlung nach dem Individualprinzip, d.h. Abschaffung des Konstrukts der Bedarfsgemeinschaften. Unterhaltsansprüche können auf die zuständige Behörde übergeleitet werden.

Mindestsicherung für alle Kinder unabhängig vom Alter in Höhe von 420 €

Abschaffung von 1 €-Jobs und Entwicklung eines öffentlichen Beschäftigungssektors mit sozialversicherungspflichtigen und freiwilligen Beschäftigungsverhältnissen (mindestens mit Mindestlohn entlohnt)

Die Mindestsicherung darf nicht sanktioniert oder gekürzt werden, sondern ist repressionsfrei und unabhängig vom Verhalten des einzelnen zu zahlen. Für nachgewiesenes Eigenbemühen ist im Sinne von „Fördern“ ein Mehrbedarfspauschale zu zahlen.

Für besondere Lebenslagen und Härtefälle wie z. B. Alleinerziehende, Behinderte, chronisch Kranke ist ein Mehrbedarfzuschlag zu gewähren. Wohngeld kann in Fällen hoher Wohnkosten beantragt werden

Anrechnung von Einkommen und Vermögen ist nach dem Individualprinzip zu regeln (nur eigenes Einkommen und Vermögen). Dabei müssen höhere Freigrenzen verankert und die Altersvorsorge gesichert werden. Langfristig ist durch eine Änderung der Steuergesetzgebung (Änderung der Einkommenssteuer und Wiedereinführung der Vermögenssteuer) auf die Anrechnung zu verzichten.

### **Begründung:**

Hartz IV muss weg – dies ist seit Gründung der WASG und in der PDS ein Hauptanliegen der LINKEN gewesen. Doch wer Hartz IV abschaffen will, muss auch benennen, was an die Stelle von Hartz IV treten soll. In ihren programmatischen Eckpunkten hat sich die LINKE zu einer bedarfsorientierten und repressionsfreien Grundsicherung bekannt.

Klaus Ernst hat für die Bundestagsfraktion Eckpunkte für eine moderne, bedarfsdeckende Mindestsicherung vorgelegt. Es ist jedoch nicht Aufgabe der Bundestagsfraktion (und auch nicht Aufgabe des Parteivorstandes) in einem Kernbereich linker Politik programmatische Eckpunkte zu beschließen. Dieses ist allein das Recht des Bundesparteitages. Alle Gliederungen und Landesverbände der Partei müssen zuvor am Diskussionsprozess beteiligt werden.

Um glaubwürdig zu bleiben, darf sich die LINKE nicht mit einem „bisschen weniger Hartz IV“ zufrieden geben. Unser Ziel ist die Abschaffung von Hartz IV, die Überwindung von Armut durch eine repressionsfreie bedarfsdeckende Mindestsicherung für Alle im Sinne von mehr sozialer Gerechtigkeit.

### ***Antragsthema: Beitrittsverwehungen im Landesverband Berlin***

**Antragsteller:** Daniel Dockerill, Joachim Böse, Asja Huberty, Lorenz Gösta Beutin, Stefan Karstens, Ralf Iden u. a.

### **Antrag:**

Der Parteitag der Partei Die LINKE.Schleswig-Holstein möge beschließen:

Der Parteitag der Partei Die LINKE.Schleswig-Holstein protestiert gegen den Versuch führender Mitglieder unserer Partei, darunter der stellvertretende Parteivorsitzenden Klaus Ernst, den Beitritt Lucy Redlers, Sascha Stanicics und einiger anderer Genossinnen und Genossen aus der ehemaligen WASG Berlin zu unserer Partei zu verhindern. Der Parteitag erwartet, dass die Entscheidung der Berliner Landesschiedskommission, diesen Versuchen stattzugeben, durch die Bundesschiedskommission unserer Partei so schnell wie möglich wieder aufgehoben wird.

Die Verweigerung des Beitritts dieser Genossinnen und Genossen widerspricht dem offenen und pluralistischen Charakter unserer Partei. Inhaltliche Meinungsverschiedenheiten im Rahmen linker und sozialistischer Politik können und müssen mit langem Atem in der Partei demokratisch ausgefochten werden.

### **Begründung:**

Am 8. Januar dieses Jahres hat die Landesschiedskommission der Linken in Berlin entschieden, dem vom Bezirksvorstand Neukölln zurückgewiesenen Einspruch gegen den Parteibeitritt von Lucy Redler und Sascha Stanicic stattzugeben und ihnen die Mitgliedschaft zu verwehren. Eingelegt hatten den Einspruch Klaus Ernst und Thomas Händel, die beide nicht dem Berliner Landesverband der LINKEN anhören.

Redler und Stanicic sind bekannt als entschiedene Kritiker des politischen Kurses des Berliner Landesverbandes der LINKEN, die in einer Koalition zusammen mit der SPD in Berlin regiert. Ihrer Kritik an der Politik der Berliner Linksregierung, der sie allzu große Nähe zu

neoliberalen Praktiken vorwerfen, wird auch von vielen Mitgliedern innerhalb der Partei geteilt. Jedes dieser Mitglieder hat das satzungsmäßige Recht, Kritik innerhalb wie außerhalb der Partei öffentlich zu vertreten, auch sie im Widerspruch zur aktuellen Beschlusslage steht. Zudem ergibt sich dadurch ein eklatanter Widerspruch zu den in unserer Satzung verankerten Rechten und Pflichten der Parteimitglieder, wenn Menschen den Zutritt zu unserer Partei zu verwehrt wird, wenn sie nicht nur einer gerade geltenden Beschlusslage unterordnen müssen, sondern auch das Recht abgesprochen bekommen, eine andere Meinung zu vertreten. Zudem berührt es die von Oskar Lafontaine auf dem Gründungsparteitag angemahnte „direkte Demokratie“ in der Partei und „Glaubwürdigkeit“ der Partei und ist zudem ein Ausdruck mangelnden Selbstbewusstseins einer pluralistischen Partei.